

Skandal oder nur eine Luftnummer?

Lohfeld: BBB verlangt Aufklärung und neuen Entwicklungsvertrag

Bruchköbel (thb/pm). Erneut zeichnet sich im Parlament ein Streit zwischen der Fraktion des Bruchköbeler Bürgerbundes (BBB) und dem Magistrat ab. Thema ist diesmal der Plan für die Bebauung des Lohfeldes. Während die BBB den hauptamtlichen Politikern vorwirft, mit dem Abschluss eines Vertrages das Parlament untergangenen zu haben, sprechen Bürgermeister Günter Maibach (CDU) und Erster Stadtrat Uwe Ringel (Grüne) von einer „Luftnummer“.

In einer Pressemitteilung hatte der BBB gestern schwere verbale Geschütze aufgeföhren: So hat der BBB eine „Vielzahl teils schwerwiegender Fehler in dem städtebaulichen Vertrag“ ausgemacht, der zwischen der Stadt und dem Baulandentwickler für die Umsetzung des Gewerbegebiets Lohfeld bereits abgeschlossen ist und verlangt die „vollständige Aufklärung der Hintergründe“. Vor allem wird kritisiert, dass der Vertrag eine bereits wirksame Bürgschaftsverpflichtung zu Lasten der Stadt beinhaltet. Darüber sei das Parlament nicht in Kenntnis gesetzt worden. Der städtebauliche Vertrag war bereits im

April von Bürgermeister und Erstem Stadtrat unterschrieben worden. „Die Stadtverordnetenversammlung hatte von der Existenz des Vertrags erstmals im September 2008 beiläufig erfahren, weil der Magistrat im Zuge der Vertragsdurchführung die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zu einer Bürgschaft über vier Millionen Euro wollte. Auf Drängen von BBB und SPD hatte der Magistrat dann im Oktober den Fraktionsvorsitzenden den Vertrag vorgelegt, allerdings ohne die Anlagen, die erforderlich sind, um das wirtschaftliche Risiko für die Stadt einschätzen zu können“, schreibt BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold. Dieser Vertrag hätte dem Parlament aber vorher vorgelegt werden müssen, so Rabold weiter.

Die BBB-Fraktion werde den Fall der Kommunalaufsicht mit der Bitte um Aufklärung vorlegen. Die BBB bezeichnet diesen Vorgang als „ausgewachsenen Skandal“. Bürgermeister und Erster Stadtrat hätten die Stadtverordnetenversammlung „als übergeordnetes Organ missachtet und hintergangen“. In der Sitzung des Haupt- und

Finanzausschusse hätten sich Bürgermeister und Erster Stadtrat „rat- und hilflos gezeigt“.

Ganz anders sehen es Maibach und Ringel, die die Vorwürfe gestern auf HA-Anfrage konterten. Bereits im Herbst 2007 habe es einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung für einen Vertrag mit dem Baulandentwickler gegeben. Die Vorwürfe des BBB bezeichnete Bürgermeister Maibach als „Luftnummer“. Die Verwaltung habe den Vertrag zuvor bereits durch den Städte- und Gemeindebund sowie die Kommunalaufsicht prüfen lassen. Von einem Risiko für die Stadt könne keine Rede sein.

Als „völlig überzogen“ bezeichnete auch der für Bauangelegenheiten zuständige Erste Stadtrat Uwe Ringel die Kritik der BBB-Fraktion. Bereits in der Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung seien 2007 alle Kernpunkte des Vertrags ersichtlich gewesen. Er werde daher auf die „an den Haaren herbeigezogenen“ Argumente nicht weiter eingehen, sondern die Stadtverordnetenversammlung in der kommenden Sitzung sachlich informieren, kündigte Ringel an.